

Sehr geehrter Herr Müller !

Es tut uns leid, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihr Sohn 23.5.24. Müller, der vor kurzem auf ministerielle Anordnung gemäß Weisung des Reichsverteidigungskommissars in unsere Anstalt verlegt wurde, am 29. September 1940 unerwartet in einem schweren epileptischen Anfall verstorben ist.

Bei der Art seines unheilbaren Leidens ist sein Tod nur als eine Erlösung für ihn anzusehen. Möge Ihnen diese Gewißheit zum Troste gereichen.

Geheuchelte Anteilnahme: In Briefen wie dem abgebildeten, der an eine Familie in Laupheim ging, wurde den Angehörigen der Deportierten deren Tod in einer der sogenannten Pflegeanstalt mitgeteilt. Die Todesursachen entsprachen dabei nicht der Realität, in Wirklichkeit wurden die Menschen von den Nazis vergast.

REPRO: JOHANNES ANGELE/SZ

Den Opfern ihre Würde zurückgeben

IG Heimatforschung startet neues Projekt zur NS-Euthanasie im Landkreis und hofft auf Unterstützung der Bürger

Von Gerd Mägerle

BIBERACH - Hunderte Menschen aus dem Gebiet des heutigen Landkreises Biberach sind zwischen Januar und Dezember 1940 von den Nazis in die damalige Tötungsanstalt Grafeneck auf der Schwäbischen Alb deportiert und dort vergast worden; so die Schätzung von Johannes Angele, dem Leiter der Interessengemeinschaft (IG) Heimatforschung im Landkreis Biberach. In einem neuen Projekt will die IG nicht nur eine möglichst vollständige Namensliste aller Opfer aus dem Kreisgebiet erstellen, sondern auch die Biografien dieser Menschen nach erzählen. Dabei hofft die IG auch auf Unterstützung der Bürger.

Bei den Menschen handelte es sich um Patienten, die bis 1940 in den Heil- und Pflegeanstalten in Schussenried, Zwiefalten, Heggbach oder Ingerkingen wegen ihrer zum Teil mehrfachen körperlichen oder psychischen Behinderungen oder chro-

nischen Erkrankungen gepflegt wurden.

1940 ordneten die Nazis die systematische Ermordung von Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen an. Diese im Zusammenhang mit den NS-Erbgesundheitsgesetzen „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ wurde später auch als „Aktion T4“ bekannt, die auf die dafür zuständige Zentraldienststelle in der Berliner Tiergartenstraße 4 Bezug nimmt. Die Umkehrung des griechischen Begriffs „Euthanasie“ im Sinne von Sterbehilfe stellt mit Blick auf das systematische Töten der Nazis einen Euphemismus dar. Er wird erst infolge der Strafprozesse nach 1945 in diesem Zusammenhang verwendet.

Um ihre Pläne im Südwesten in die Tat umzusetzen, beschlagnahmten die Nazis im Oktober 1939 – also vor genau 80 Jahren – Schloss Grafeneck und machten daraus in der Folge die erste Tötungsanstalt in Deutschland. Mehr als 10 600 Menschen kamen

dort im Jahr 1940 in der in einer als Garage getarnten Gaskammer zu Tode. Ein Zweck der Tötungen sei gewesen, dadurch ausreichend freie Lazarettplätze für die Folgen des Frankreichfeldzugs zu schaffen, sagt Angele.

Mit Postbussen abgeholt

„Die Menschen wurden mit Reichspost-Bussen aus den Pflegeanstalten abgeholt und nach Grafeneck gebracht“, schildert Bodo Rüdenburg von der IG Heimatforschung. Er hat als Mitarbeiter der Bibliothek des damaligen Psychiatrischen Landeskrankenhauses (PLK) Zwiefalten bereits ab den 1980er-Jahren Forschungen über die „Euthanasie“ in Zwiefalten und Schussenried betrieben und publiziert. Dass in den Erinnerungen von Zeitzeugen immer wieder von „grauen oder grünen Bussen“ die Rede sei, obwohl die Busse der Reichspost eigentlich rot lackiert waren, führt Rüdenburg auf die Zeitumstände zurück. Zum einen habe man die Busse in

Kriegszeiten aus Gründen der Tarnung umlackiert. Des Weiteren seien später die Scheiben geweißelt worden, damit man nicht mehr ins Innere blicken konnte.

Die Tötungen blieben nicht völlig verborgen, in der Bevölkerung kursierten schon bald Gerüchte. Der evangelische Pfarrer Leube aus Schussenried sprach sich in einem Brief an das Reichsinnenministerium gegen die Tötungen aus, erhielt aber nie eine Antwort. In Schussenried erfuhr man erst nach dem Krieg von Leubes Brief.

Das Thema NS-Euthanasie gelte auch heute vielfach noch als Tabu, sagt Angele. Verschämt sei nach dem Krieg darüber gesprochen worden, „dass dieser oder jener in Grafeneck durch den Kamin geschickt“ worden sei. Seine Hoffnung sei, so Angele, dass durch die zeitliche Distanz zum Geschehen inzwischen ein offenerer Umgang damit möglich sein müsse. Aufgrund einer perfiden deutschen Gründlichkeit gebe es namentliche

Transportlisten der Deportierten. Nach der Wende seien in einem Stasi-Archiv in Berlin auch die Krankenakten vieler der Getöteten entdeckt worden, sagt Rüdenburg. „Die sind zwischenzeitlich restauriert und enthalten Krankengeschichten, aber zum Teil auch Fotos und Briefe. Das ist für uns sehr hilfreich.“

Möglichst viele Lebensläufe

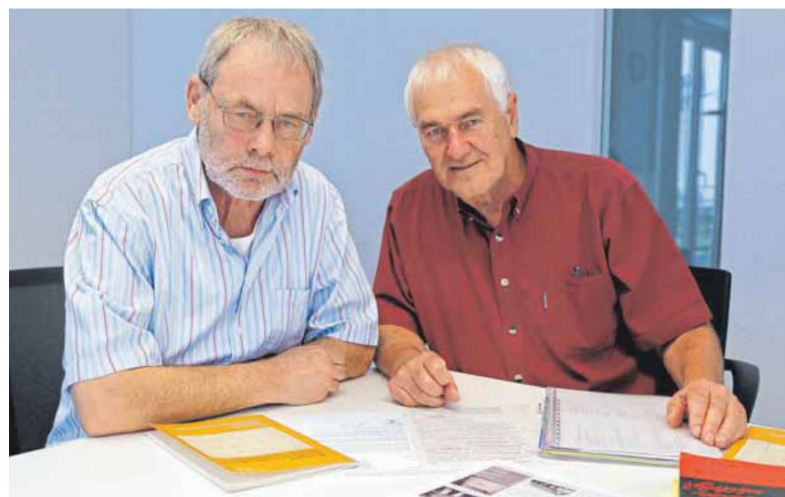
Die IG Heimatforschung möchte die Biografien der Getöteten aber über die Akten hinaus nachzeichnen und hofft deshalb auf die Mithilfe von Angehörigen oder anderen Menschen, die etwas über die Opfer wissen. Ziel ist, so Angele, bis Ende des Jahres eine vollständige Namensliste aller Getöteten aus dem Kreis Biberach, geordnet nach Kommunen, zu haben und danach möglichst viele ihrer Lebensläufe zu rekonstruieren. Hier baut er auch auf Unterstützung der Gedenkstätte Grafeneck. Auch die Kreisarchive der Region befassten sich mit dem Thema NS-Euthanasie, sagt Angele. „Wir wollen nicht, dass die Erinnerung an diese Menschen einfach verschwindet, sondern wollen ihnen ihre Würde zurückgeben.“

Veröffentlicht werden sollen die Forschungsergebnisse am Ende in einem Buch. „Wir werden dafür Sorge tragen, dass das in würdiger Form und Sprache geschieht“, verspricht Angele. Denn die Sprache in den Krankenakten sei menschenverachtend.

Wer Informationen zur NS-Euthanasie im Biberacher Kreisgebiet hat oder dessen Angehörige selbst davon betroffen waren, darf sich bei Johannes Angele melden, Telefon 07352/922615 oder johannes@angele.de



Sogenannte graue Busse brachten die Opfer nach Grafeneck. Dieses Bild aus dem Jahr 1940 wurde heimlich aufgenommen. FOTO: KREISARCHIV BIBERACH



Bodo Rüdenburg (v. l.) und Johannes Angele hoffen bei der Aufarbeitung der Opferbiografien auf die Unterstützung der Bürger. FOTO: GERM MÄGERLE